

eingbracht am 19.11.2009

Selbstständiger Antrag (§ 21 GeoLT)

LTAbg.: *Johann Bacher, Mag. Christopher Drexler, Bernhard Ederer, Dipl.Ing. Heinz Gach, Anton Gangl, Erwin Gruber, Gregor Hammerl, Karl Lackner, Franz Majcen, Franz Riebenbauer, Barbara Riener, DDr. Gerald Schöpfer, Dipl.Ing. Odo Wöhry, Eduard Hamedl*

Fraktion(en): ÖVP

Zuständiger Ausschuss: Gesundheit

Regierungsmitglied(er): LR Dr. Bettina Vollath

Betreff:

Der weiß-grüne Weg - Psychotherapie auf Krankenschein

Begründung:

Seit 1991 sieht das ASVG die flächendeckende Sicherstellung der Versorgung im Bereich der Psychotherapie vor. Die Sozialversicherungsbeiträge wurden dementsprechend um 1,5 % erhöht.

Die WHO verfügt über Daten, wonach rund 20% der Kinder und Jugendlichen in Europa an psychischen Erkrankungen leiden, die krankheitswertig und behandlungsbedürftig sind. Aufgrund der heutigen therapeutischen Möglichkeiten, ist ein Großteil der psychischen Störungen psychotherapeutisch erfolgreich behandelbar.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht gehören psychische Störungen zu den größten Kostenverursachern im Gesundheitswesen. Bislang werden psychische Störungen spät, stationär und teuer behandelt. Stattdessen wäre es wesentlich kostengünstiger, diese früh und ambulant zu behandeln.

In der Steiermark gibt es etwa 13 Institutionen, Vereine und Organisationen, die seitens der Krankenkasse Gelder für die psychotherapeutische Versorgung erhalten. Ein großer Teil der Patienten erhält lediglich einen Zuschuss in der Höhe von 21,80 Euro, der seit 17 Jahren nicht mehr indexangepasst wurde.

Nachdem die derzeitigen Kontingente nicht ausreichen, können angefangene Therapien nicht weitergeführt werden, wodurch die Effektivität der Behandlung sowie der effiziente Einsatz von Mitteln, in Frage gestellt wird.

Auch das Ziel der flächendeckenden Versorgung wurde bislang nicht erreicht. Zur Verbesserung der psychotherapeutischen Behandlung im Sinne der Patientinnen und Patienten, wäre ein Gesamtvertrag, der Psychotherapie auf Krankenschein ermöglicht, die Lösung.

Vor allem im Hinblick auf einen Beitrag zur langfristigen Kostendämpfung sollte dieses Anliegen dringend vorangetrieben werden.